

Mündlicher Bericht
des Ausschusses nach Artikel 77 des Grundgesetzes
(Vermittlungsausschuß)
zu dem
Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjeti-
schen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetz-
ten Sektor von Berlin

— Drucksachen IV/1288, IV/2811, IV/2834, IV/3074 —

Berichtersteller:
Senator Dr. Weichmann

Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen:

Das vom Deutschen Bundestag in seiner 159. Sitzung am 27. Januar 1965 beschlossene Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Deutsche aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und dem sowjetisch besetzten Sektor von Berlin — Drucksachen IV/1288, IV/2811, IV/2834 — wird wie folgt geändert:

§ 21 Abs. 1 wird wie folgt gefaßt:

„(1) Der Bund trägt die Aufwendungen für die Leistungen nach diesem Gesetz. Die Länder erstatten dem Bund 20 vom Hundert der Aufwendungen für die Leistungen nach dem Abschnitt V.“

Bonn, den 11. März 1965

Der Vermittlungsausschuß

Dr. Schmidt (Wuppertal)
Vorsitzender

Dr. Weichmann
Berichtersteller